



## Der Weg der Nachhaltigkeit nach Thalwil

Nach dem Zweiten Weltkrieg ist mit der Entkolonialisierung der Begriff des Rechts auf Entwicklungshilfe entstanden. Die Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen wurde 1964 als Antwort darauf ins Leben gerufen.

Ende der 60er Jahre kamen Fragen des Umweltschutzes zunehmend in den Vordergrund der politischen Diskussion. Mit der UNO-Weltkonferenz über die menschliche Umwelt in Stockholm 1972 wurden erstmals Umweltfragen Bestandteil des internationalen Rechts. 113 Nationen beteiligten sich anlässlich dieser Konferenz am Entwurf eines Kampfplans gegen Umweltprobleme, insbesondere das des sauren Regens. Sie erarbeiteten die Erklärung von Stockholm, welche von der Verfassung des Umweltprogramms der Vereinten Nationen bestätigt wurde.

Erst 1983 wurde man sich auf politischer Ebene der Konsequenzen eines ungebremsten Wachstums auf die begrenzten natürlichen Ressourcen bewusst. Zu diesem Zeitpunkt beschloss die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Weltkommission für Umwelt und Entwicklung zu gründen, die zum Ziel hatte, diese Fragen zu untersuchen. Diese Kommission, später nach ihrer Präsidentin, in Brundtland-Kommission umbenannt, gab 75 spezialisierte Studien in Auftrag, die 1987 die Veröffentlichung eines wichtigen Berichts nach sich zogen. Dieser trägt den Titel: Unsere Zukunft gehört uns (Our Common Future). Er führt den Begriff der nachhaltigen Entwicklung ein, die definiert ist als eine Entwicklung, die „den Bedürfnissen der Gegenwart nachkommt, ohne dabei die Möglichkeiten zukünftiger Generationen einzuschränken wiederum den Bedürfnissen ihrer Zeit entsprechen zu können“. Genauer gesagt bedeutet nachhaltige Entwicklung „die Befriedigung der Grundbedürfnisse aller und für jeden die Möglichkeit, ein besseres Leben anzustreben“. Dies ist nur dann möglich, wenn «die Bevölkerung und das Wachstum in Harmonie mit dem produktiven Potenzial des Ökosystems» sind.

### Rio de Janeiro (1992), Gesellschafts-Vertrag

Am Erdgipfel von Rio haben im Jahr 1992 Vertreterinnen und Vertreter aus allen Ländern ein umfassendes Bekenntnis zur Nachhaltigen Entwicklung abgelegt. Kerndokument des Aktionsprogramms ist die „Agenda 21“. Dieses Dokument wurde von mehr als 179 Staaten einschliesslich der Schweiz unterzeichnet. Es umfasst 250 Seiten und ist unter dem Namen „Agenda 21“ bekannt. Die vierzig enthaltenen Kapitel behandeln die sozialen und ökonomischen Aspekte der Zukunftsbeständigkeit, die Erhaltung und Verwaltung der Ressourcen, die Stärkung der Rolle der Hauptgruppen der Gesellschaft und die Umsetzungsmethoden.

Damit ist ein globaler Gesellschaftsvertrag entstanden, welcher besagt, dass die heutigen Bedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen sind, ohne diejenigen der zukünftigen Generationen zu gefährden. Nachhaltige Entwicklung ist ein umfassendes Konzept, das die Welt als ein vernetztes, globalisiertes System mit Abhängigkeiten zwischen den drei Dimensionen „Umwelt“, „Wirtschaft“ und „Gesellschaft“ versteht. Das Konzept will sicherstellen, dass sich Umwelt-, Handels- sowie soziale Entwicklungspolitiken gegenseitig unterstützen und ergänzen. Der Erhalt und die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen und der Ökosysteme werden als zentrale Voraussetzung für die soziale und ökonomische Entwicklung erachtet.

Es folgen verschiedene Konferenzen, an denen die Agenda 21 verstärkt verankert und konkretisiert wird:

1994 im dänischen Aalborg,  
 1997 die UNO-Konferenz in New York,  
 2000 die Uno-Millenniums-Entwicklungsziele (acht messbare Ziele),  
 2001 die Nachhaltigkeitsstrategie der Europäischen Union und  
 2001 das Millennium Ecosystem Assessment.

### **Marrakesch (1994)**

In Marrakesch wurde das Abkommen zur Errichtung der WTO (World Trade Organization) unterzeichnet. Die WTO ist eine permanente Organisation zur Überwachung und Weiterentwicklung von Handelsregeln.

In der Präambel verpflichten sich die Vertragsparteien des Abkommens –

in der Erkenntnis, dass ihre Handels- und Wirtschaftsbeziehungen auf die Erhöhung des Lebensstandards, auf die Verwirklichung der Vollbeschäftigung, auf einen ständigen Zuwachs des Realeinkommens und der effektiven Nachfrage auf hohem Niveau sowie auf die Steigerung der Produktion und des Handels mit Waren und Dienstleistungen gerichtet sein sollen, wobei **gleichzeitig die optimale Erschließung der Ressourcen der Welt im Einklang mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung möglich sein soll**, im Hinblick auf den Schutz und die Erhaltung der Umwelt und auf den verstärkten Einsatz von Mitteln, die mit den ihrem jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklungsstand entsprechenden Bedürfnissen und Bestrebungen vereinbar sind.

### **Kyoto (1997)**

Das Kyoto-Protokoll wurde 1997 zum Abschluss der Vertragsstaatenkonferenz des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen angenommen. Es enthält bindende Verpflichtungen. Die meisten OECD-Staaten und einige Schwellenländer vereinbarten eine Reduktion ihrer anthropogenen Treibhausgas-Emissionen um mindestens 5 % unter den Stand von 1990 innerhalb des Verpflichtungszeitraums von 2008 bis 2012.

## **Doha Ministererklärung (2001)**

In Paragraph 6 der Doha Ministererklärung wurde 2001 die Absicht des Marrakesch-Abkommens bestätigt: **We strongly reaffirm our commitment to the objective of sustainable development.**

Die Schweiz setzt sich in ihrer Aussenpolitik mit nachhaltigem Schwerpunkt stark für einen Abschluss der Abkommen aus der Doha Ministererklärung unter systematischer Berücksichtigung der Nachhaltigkeitsaspekte ein. Ziel der Schweiz ist, **die Doha-Runde im Laufe des Jahres 2010 zum Abschluss zu bringen.** Davon verspricht sie sich auch einen grossen Beitrag zum wirtschaftlichen Aufschwung.

## **Johannesburg (2002)**

Am UNO-Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung waren soziale Gerechtigkeit, Dialog der Kulturen, Gesundheit und Entwicklung die zentralen Themen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bekannten sich erneut zur „Agenda 21“, zur Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung sowie zu den Millenniums-Entwicklungszielen. Eine „politische Erklärung“ mit Verpflichtungen und Umsetzungsvorschlägen zur Nachhaltigen Entwicklung sowie der rechtlich nicht verbindliche „Durchführungsplan von Johannesburg“ wurden verabschiedet.

Es folgten weitere Gipfelkonferenzen im 2005:

- der UNO-Weltgipfel in New York,
- die Paris-Deklaration zur Effizienz und Effektivität der Entwicklungszusammenarbeit und
- die UNO-Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ 2005-2014.

## **Bali (2008)**

Der Weltklimarat publizierte anfangs 2008 einen alarmierenden Bericht über die Konsequenzen der globalen Erwärmung. Zweifel daran, dass der Klimawandel von den Menschen verursacht wird, verstummten mehr und mehr. Es gab einen breiten Konsens darüber, zu handeln und konkrete Massnahmen einzuleiten. In Bali gelang es zum ersten Mal, alle Industrieländer zu Verhandlungen über die Reduzierung der Treibhausgase zu verpflichten. Und zum ersten Mal haben auch alle Entwicklungsländer Klimaschutzziele akzeptiert.

## **Kopenhagen (2009)**

Über 15'000 Teilnehmer aus 192 Ländern haben im Dezember 2009 an der UN-Konferenz in Kopenhagen über verbindliche Zusagen zum Klimaschutz gestritten. Ziel war, ein neues Klimaschutzabkommen für die Zeit nach 2012 zu vereinbaren, welches den Ausstoss von Treibhausgasen so weit mindert, dass die Erderwärmung auf unter zwei Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten begrenzt bleibt.

Auf diese Zielsetzung haben sich bereits sowohl die acht grössten Industrienationen (G8) als auch die Staaten mit den höchsten Treibhausgasemissionen (Major Economies Forum) bei ihren Treffen in L'Aquila im Juli 2009 verständigt.

Das CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel von 30 % bis 2020 gegenüber 1990 konnte in Kopenhagen nicht verbindlich festgelegt werden.

Im zur Kenntnis genommenen Abschlussdokument der Konferenz heisst es: Der Klimawandel sei „eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit“.

Darin wird zwar erstmals gemeinsam die wissenschaftlich untermauerte Notwendigkeit anerkannt, die Erderwärmung auf weniger als zwei Grad zu begrenzen. Das Ziel wurde aber nicht in die notwendigen Reduktionsziele umgesetzt, um tatsächlich unter dem Zwei-Grad-Limit zu bleiben. Die Regierungen der Industrieländer sind nun gefordert ihre Reduktionsziele und die Schwellenländer ihre Aktionspläne einzureichen.